

# KGVS

## Spot

Mai 2021

**Abstimmung  
vom 13. Juni 2021:**  
«NEIN»  
zu Mehr Raum für die Nacht  
2 x «NEIN»  
zu den Agrar-Initiativen  
«JA» zum Covid-19-Gesetz  
«Stimmfreigabe»  
zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

### Der Vorstand des Kantonalen Gewerbeverbandes fasst Parolen für die bevorstehende Abstimmung vom 13. Juni 2021.

#### Kanton:

#### « Mehr Raum für die Nacht (Lichtverschmutzungsinitiative) »

Der Vorstand hat die Argumente der Initiative beraten und hat ein gewisses Verständnis für das Anliegen der Initianten, eine Eindämmung der Kunstlichtemissionen zum Schutz von Mensch und Umwelt zu erreichen. Es ist nicht abzustreiten, dass die Emissionen in den vergangenen Jahren durch künstliches Licht zugenommen haben. Die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Eindämmung der Lichtemissionen bestehen jedoch bereits auf Bundesebene. Im Weiteren wurden die vorgesehene generelle Bewilligungspflicht wie auch die Schaffung einer speziellen Beratungsstelle als unverhältnismässig beurteilt. Der Staatsapparat würde weiter ausgebaut. **Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Vorstand die Initiative abzulehnen.**

#### Bund:

#### « Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz »

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» hat mit Trinkwasser nichts zu tun. Sie zielt ausschliesslich auf die Direktzahlungen. Sie will diese allen Betrieben streichen, die Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen. Damit ist auch der Biolandbau betroffen. Tatsache ist, dass dies zu folgenden Konsequenzen führen würde:

- Rund 160'000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft sind direkt betroffen und somit in Gefahr
- Schweizer Eier, Schweinefleisch oder Poulet werden zu Luxusprodukten oder verschwinden und würden aus dem Ausland importiert
- Forderungen widersprechen der Marktnachfrage
- Verfügbarkeit von einheimischen Lebensmitteln sinkt um mindestens 30 Prozent

#### « Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide »

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pestiziden in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gesamthaft verbieten. Die Händler dürften auch nur noch Lebensmittel importieren, die ohne synthetische Pestizide produziert worden sind. Das führt zu folgenden Konsequenzen:

- Keine Wahlfreiheit oder Verletzung der WTO-Verpflichtungen
- Abwandern von Verarbeitungsbetrieben ins Ausland – Vernichtung von Arbeitsplätzen
- Das Essen wird massiv teurer
- Einkaufstourismus wird gefördert – als wenn wir nicht schon genug darunter leiden
- Lebensmittelsicherheit und -haltbarkeit sinken
- Mehr Emissionen und Foodwaste

Der Vorstand ist überzeugt, dass die Schweizer Landwirtschaft mit unserer Natur behutsam umgeht, sich an die Gesetze hält und möchte sich auch in Zukunft darauf verlassen können. **Daher gilt es diese beiden Initiativen abzulehnen.**

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

[www.extreme-agrarinitiativen-nein.ch](http://www.extreme-agrarinitiativen-nein.ch)

#### « Covid-19-Gesetz »

Das Gesetz erteilt dem Bundesrat zusätzliche Kompetenzen, um die Coronapandemie zu bekämpfen, und vor allem, um deren negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft zu mildern. Darin sind die Massnahmen enthalten, die für Bundesrat und Parlament zur Bewältigung der Pandemie und der Wirtschaftskrise weiterhin nötig sind. Das Gesetz regelt insbesondere verschiedene Finanzhilfen für Menschen und Unternehmen. Die wichtigsten sind die Kurzarbeitsentschädigung, die Entschädigung des Erwerbsausfalls, die Härtefallhilfen sowie die Unterstützung von Kultur und Sport. Das Gesetz ist befristet.

Der Vorstand ist überzeugt, dass dieses Gesetz notwendig ist, um diese schwere Krise bewältigen zu können. Er erlaubt unzähligen Menschen und Unternehmen finanziell zu unterstützen und sichert damit Arbeitsplätze, Fachkompetenz und Löhne. **Aus diesen Gründen empfiehlt er die Annahme dieses Gesetzes.**

#### « CO<sub>2</sub>-Gesetz »

Mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz knüpft die Schweiz an ihre bisherige Klimapolitik an und verstärkt diese. Das Gesetz enthält verschiedene Massnahmen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2030 weiter zu senken. Es setzt weiterhin auf die Kombination von finanziellen Anreizen, Investitionen und neuen Technologien. Klimafreundliches Verhalten wird belohnt. Wer hingegen viel CO<sub>2</sub> verursacht, zum Beispiel wer viel fliegt, zahlt mehr. Investitionen in Gebäude und Infrastrukturen werden unterstützt und innovative Firmen gefördert. Dadurch können etwa Gebäude saniert und Ladestationen für Elektroautos gebaut werden. Beim Verkehr sorgt das Gesetz dafür, dass Fahrzeuge auf den Markt kommen, die weniger Benzin und Diesel verbrauchen.

#### Die Argumente dafür und dagegen sind folgende:

**Ja:** Hitzewellen, Trockenheit, Erdbeben: Gehen wir nicht entschieden gegen den Klimawandel vor, verursacht er grosse Schäden und hohe Kosten. Viele Staaten handeln deshalb. Auch die Schweiz ist gefordert. Das Gesetz verstärkt den Klimaschutz, löst Aufträge für KMU aus, schafft Arbeitsplätze und ist sozialverträglich.

**Nein:** Laut dem Wirtschaftskomitee «Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz» ist das Gesetz teuer und für das Klima nutzlos. Zudem sei es ungerecht, weil es vor allem die mittleren und unteren Einkommen treffe. Für das Komitee «Für eine soziale & radikale Klimapolitik» verfestigt das Gesetz klimazerstörende Strukturen.

**Der Vorstand hat sich nach intensiver Diskussion darauf geeinigt, die Stimmfreigabe herauszugeben.**

## Wir von hier

**Kantonaler Gewerbeverband Schaffhausen**  
Herrenacker 15, 8200 Schaffhausen  
Telefon 052 632 40 40, [info@gewerbe-sh.ch](mailto:info@gewerbe-sh.ch)